

# Demokratie braucht den Diskurs

Es ist ein Wesensmerkmal liberaler Demokratie, dass die Mehrheit ihre Wert- und Moralvorstellungen nicht für alle verbindlich machen kann. Das Mehrheitsprinzip wird durch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit und den damit einhergehenden Schutz der individuellen Freiheit beschränkt. Genau diese liberale Demokratie sieht sich nun gezielten Angriffen ausgesetzt. So verkündet beispielsweise Ungarns Ministerpräsident Viktor Orban das Ende der liberalen Demokratie. Als Alternative proklamiert er eine christliche Demokratie, die Multikulturalismus und Migration ablehnt und für christliche Werte eintreten soll.

Orban bildet die Speerspitze der Rechtspopulisten in Europa. Im Erfolg des Rechtspopulismus widerspiegeln sich drei zentrale politische Herausforderungen der Gegenwart: Erstens sind die meisten Gesellschaften heute pluralistisch im Sinne einer Vielfalt an kulturellen, religiösen und weltanschaulichen Perspektiven. Zweitens spielen angesichts der Vielzahl an transnationalen Problemen multilaterale Entscheidungsprozesse eine immer wichtigere Rolle. Drittens sind die Gewinne der Globalisierung zwischen den Staaten, aber auch unter den verschiedenen Gesellschaftsschichten innerhalb eines Staates, oft ungleich verteilt.

Die westlichen Demokratien konnten ihr Versprechen von Freiheit, Gleichheit und Partizipation also bisher nicht vollkommen einlösen. Um den Vormarsch der Rechtspopulisten in Europa zu bremsen, braucht es deshalb zuallererst ein gewisses Mass an Selbstkritik. Darüber hinaus gilt es, eine der wenigen begrüssenswerten Begleiterscheinungen des Populismus zu nutzen: Durch den Populismus ist nämlich der Konflikt zurück in die Politik gekommen. Es wird wieder diskutiert und gestritten, statt einfach nur regiert und verwaltet.

Die Freude darüber wird aber getrübt durch den Stil dieser Debatten. Populisten schüren Emotionen, insbesondere Wut gegen das System und Angst vor dem Fremden. Die Konsequenz sind oft generalisierende und irrationale Schuldzuweisungen und ein

schwindendes Vertrauen in politische Institutionen. Im Ergebnis führt dies zu einer Diffamierung einzelner Gruppen und schwächt die Problemlösungsfähigkeit der Politik.

Wie kann diesem Trend begegnet werden? Unter dem Titel «Die Ohnmacht der Experten» wurde im Schweizer Forschungsmagazin «Horizonte» kürzlich eine Kommunikationsstrategie für die Wissenschaft gefordert mit dem Ziel, Fakten wieder mehr Autorität zu verschaffen. Dies ist sicher wichtig, wird aber nicht ausreichen. Denn in der Politik zählen nicht nur Fakten, sondern auch Werte. Der Schlüssel zu sachbezogenen Debatten liegt deshalb eher in der Förderung der politischen Bildung – sei es in der Schule oder im Rahmen der Erwachsenenbildung. In der Literatur werden dabei vor allem zwei Elemente hervorgehoben: Die Kritikkompetenz soll anregen, Quellen stets kritisch zu prüfen und danach zu fragen, was und wer von Politik und Gesellschaft ausgeschlossen wird. Die

Konfliktkompetenz soll wiederum die Basis von Kompromissbildung als Weg der Konfliktaustragung bilden. Flankiert werden diese beiden Kompetenzen durch eine politische Handlungskompetenz – also die Möglichkeit zu politischer Teilhabe.

Trifft die Politik auf mündige Bürgerinnen und Bürger, kann sie von den Reibungen zwischen verschiedenen Lebensweisen und Weltanschauungen nur profitieren. Jede Gesellschaft braucht die Debatte, um Probleme und Interessen sichtbar zu machen. Umgekehrt können Interessen und Probleme von der Politik nur aufgegriffen werden, wenn sie artikuliert werden. Mit einigem Optimismus und Geduld kann also in der von Populisten angetriebenen Debatte durchaus die Chance für mehr Demokratie im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Partizipation gesehen werden.



**DR. CHRISTIAN FROMMELT**

Politikwissenschaftler, Direktor des Liechtenstein-Instituts

GASTKOMMENTAR